

Das ist wahrer Sozialismus

Nein zur Prämien-Initiative - Steuergelder sollen nicht mit der Giesskanne ausgeschüttet werden. Achtet man sich auf das Wahlkampfgetöse von linker Seite, so könnte man meinen, dass man mit etwas Dreisatzrechnen alle Probleme dieser Welt lösen kann. So wird die Prämien-Initiative der SP als rein rechnerisches Problem dargestellt, um möglichst vielen Einkommen Prämienverbilligungen zukommen zu lassen. In den Augen der Initianten hat bloss noch niemand nachgerechnet, wie viel denn eigentlich ausbezahlt werden soll.

Dabei liegt das Problem nicht bei den Prämienverbilligungen, sondern ganz woanders: Die Gesundheitskosten steigen überdurch-

schnittlich. Ein wesentlicher Teil dieses Anstiegs lässt sich auf die Tatsache zurückführen, dass sowohl der Hausarzt wie auch der Spezialist und das Spital schlicht und einfach zu oft aufgesucht werden. Während Parteimitglieder der Initianten darüber wettern, dass es unfair ist, wenn verantwortungsbewusste Bürger dank ihrer hohen Franchise etwas günstigere Krankenkassenprämien bezahlen, will das Initiativkomitee sämtliche Anreize verschwinden lassen und mit der Giesskanne ohne Rücksichtnahme auf das einzelne Versicherungsmodell und das individuelle Verhalten die Prämie pro Kopf auf maximal zehn Prozent des Einkommens begrenzen.

Auch dass im Kanton Baselland das frei verfügbare Einkommen mit 14 Prozent rund zwei Prozent über



Stefan Degen
FDP-Landrat und Gemeinderat, Gelterkinden

dem schweizerischen Durchschnitt liegt und der Kanton damit einen sehr guten Wert bezüglich Kaufkraft erreicht, scheint die Befürworter dieser Initiative nicht zu kümmern.

Es ist Wahlkampf, und das Geld muss raus. 75 Millionen Franken soll der Spass ab 2019 kosten, jedes Jahr aufgrund steigender Bevölkerungszahlen und höherer Gesundheitskosten noch etwas mehr. Gemäss sorgfältigen Berechnungen der Regierung müssten, um die Geldausschüttung der SP zu finanzieren, die Steuern um sieben Prozent erhöht, im Budget die gleiche Summe eingespart oder die Staatsschulden noch weiter erhöht werden. Letzteres würde übrigens in kürzester Zeit die verfassungsmässige Schuldenbremse auslösen.

Wir wären wieder in einer finanziellen Situation, in die wir unseren Kanton nicht mehr bringen möchten: rote Zahlen als ständiges Damoklesschwert. Soviel zu Gestaltung in der Politik.

Profitieren sollen von der SP-Initiative viele: Haushalte mit einem Bruttoeinkommen bis 150 000 Franken sollen in den Genuss der Prämienverbilligung kommen. 20 000 neue Bezüger soll es geben. Die Prämienverbilligung, deren ursprüngliche Idee war, dass Leute mit tiefem Einkommen gezielt unterstützt werden, soll zu einer Giesskanne für die Masse werden. Ohne polemisch zu werden: Es kann hier nicht mehr von Sozialpolitik gesprochen werden. Das ist wahrer Sozialismus und hat einzig die Umverteilung zum Ziel.